

Erleichterung nach EU-Gipfel

Vor dem EU-Gipfel am vergangenen Donnerstag und Freitag hatte kaum noch jemand Hoffnung auf bahnbrechende Entscheidungen. Die Staats- und Regierungschefs schienen heillos zerstritten zu sein. Immer stärker werdenden Forderungen nach einer Vergemeinschaftung von Schulden, entgegnete insbesondere Deutschland mit teils drastischen Worten. „Solange ich lebe“, werde es keine Eurobonds geben, sagte beispielsweise Bundeskanzlerin Merkel. Die geringen Erwartungen wurden dann aber doch übertroffen. Die Politik zeigte sich in manchen Bereichen überraschend flexibel und konnte sich letztendlich doch auf einige wichtige Dinge verständigen. Das sorgte im Anschluss für Euphorie in den Märkten. Euro und Aktien zogen deutlich an, während sich die Renditen von spanischen und italienischen Staatsanleihen entspannten.

Die wichtigste Entscheidung ist wohl die Schaffung einer zentralen Bankenaufsicht, welche bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt werden soll. Dies wiederum ist die Voraussetzung für eine weitere wichtige Änderung. In einem zweiten Schritt sollen sich notleidende Banken nämlich direkt über den Rettungsschirm rekapitalisieren können. Bisher konnte (wie zuletzt im Fall Spaniens) nur die Regierung einen entsprechenden Antrag stellen und das Geld dann an die Banken weiterreichen. Dies sorgt aber für eine höhere Staatsverschuldung, was sich dann auch wieder in steigenden Schwierigkeiten bei der Refinanzierung bemerkbar macht. Dieser Kreislauf soll nun durchbrochen werden. Zudem soll der Rettungsschirm ESM in Zukunft bei den vergebenen Krediten keine Vorrangstellung mehr haben. Im Falle einer Pleite wäre der ESM also privaten Gläubigern gleichgestellt. Auch die Staaten selbst werden in Zukunft einfacher auf Hilfen des Rettungsschirms zugreifen können. Zum Beispiel falls beantragt wird, dass der Rettungsschirm Staatsanleihen aufkaufen soll, um deren Renditen zu drücken. Bisher mussten sich die Staaten dafür einem strikten Sparprogramm unterwerfen. Das wird in Zukunft nicht mehr nötig sein. Zwar werden die Anträge weiterhin geprüft. Voraussetzung für die Genehmigung ist aber nur, dass die Staaten in ihrer Haushaltspolitik die Zielvorgaben der EU-Kommission erfüllen.

Auch für das eigentliche Haupt-Thema des Gipfels, nämlich der Förderung des Wachstums, wurde ein entsprechender Beschluss gefasst. Überraschend war dies allerdings nicht, da die Regierungschefs von Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien bereits vor einigen Tagen über das Wachstumspaket verhandelt und es im Groben schon vereinbart hatten. Insgesamt werden 120 Milliarden Euro investiert, womit insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit gesenkt werden soll. 55 Milliarden Euro kommen aus bislang ungenutzten EU-Töpfen und 5 Milliarden Euro sollen über Projektbonds in das Paket einfließen. Zusätzlich wird die Europäische Investitionsbank (EIB) in den kommenden drei Jahren Kredite in Höhe von 60 Milliarden Euro vergeben.

Die Kommentare im Anschluss an den Gipfel waren überwiegend positiv. Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker sagte, die Beschlüsse gingen zwar nicht so weit, wie er gewollt habe, aber weiter, als er erwartet habe. David Thebault, Chef-Händler von Global Equities in Paris, zeigte sich ebenfalls erfreut. „Die Eurozone ist nicht tot. Die Leute sind erleichtert“, sagte er gegenüber Journalisten. Man bewege sich langsam in Richtung Eurobonds. Die Art und Weise, wie die Politiker kommunizierten

und die Markterwartung managten, werde viel besser. Man mache Fortschritte, es sei aber noch nicht die Wende in dem Spiel.

Die irische Regierung rechnet damit, dass die Beschlüsse es dem Land einfacher machen an die Kapitalmärkte zurückzukehren. Im Moment würde die Refinanzierung der Banken den Haushaltsetat mit 30 bis 40 Milliarden Euro belasten. In Zukunft wäre dies nun nicht mehr der Fall. Allerdings dürfte es eine Weile dauern, bis sich die Marktzinsen auf das gewünschte Niveau annähern. Eine Entspannung zeigte sich allerdings schon direkt am Freitag. Zehnjährige irische Bonds fielen um 78 Basispunkte bis auf 6,37 Prozent. Bei fünfjährigen Anleihen ging es sogar um 100 Punkte auf 5,43 Prozent zurück. Auch bei spanischen Bonds sank die Rendite deutlich. Von fast sieben Prozent am Tag vor dem Gipfel für zehnjährige Papiere ging es bis 6,25 Prozent nach unten. Deutsche Anleihen zogen dagegen leicht an. Zehnjährige Bonds stiegen um 0,15 auf 1,66 Prozent. Das ist der höchste Wert seit April. Langfristig betrachtet ist dieses Zinsniveau aber immer noch extrem niedrig und weiterhin unter der Inflationsrate.

Deutsche Verbraucher trotzen der Krise

Weltweit schwächt sich die Konjunktur ab und in Europa befinden sich zahlreiche Länder wegen der eskalierenden Eurokrise sogar in der Rezession. Auch für Deutschland trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten zunehmend ein, wie ein einbrechender Einkaufsmanagerindex und stark rückläufiges ifo-Geschäftsklima zeigt. Der Stimmung der deutschen Verbraucher kann dies aber offensichtlich nichts anhaben. Das geht aus der Konsumklimastudie hervor, welche in der vergangenen Woche von der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) veröffentlicht wurde. Der Indikator hält sich auf einem sehr hohen Niveau und konnte für Juli sogar nochmal um 0,1 auf 5,8 Punkte steigen.



Das Gebäude der GfK in Nürnberg

Die Teilwerte sind dabei allerdings uneinheitlich ausgefallen. Einen deutlichen Dämpfer gab es bei den Konjunkturerwartungen. Nach drei Anstiegen in Folge ist dieser Teilindikator abrupt um 16,6 Punkte auf nun 3 Punkte regelrecht eingebrochen. Das ist der tiefste Stand seit November 2011. Das sich eintrübende internationale Umfeld, die anhaltenden Diskussionen über die Zukunft des Euros, der Hilfsantrag zur Rettung der spanischen Banken und der zum Umfragezeitpunkt noch unklare Ausgang der Wahlen in Griechenland würden nun offenbar auch Wirkung bei den Verbrauchern zeigen, teile die GfK mit. Man befürchte daher, dass sich Deutschland längerfristig dem Abwärtstrend nicht entziehen kann.

Die schlechtere Konjunkturprognose beziehen die Verbraucher allerdings offensichtlich nur auf die Wirtschaft allgemein und nicht auf ihre persönliche Situation. Ihre Einkommensaussichten haben nämlich nochmal spürbar zugelegt. Im Vergleich zum ohnehin schon sehr guten Vormonat stieg

dieser Teilindikator erneut um 8,1 auf jetzt 40,1 Punkte. Die GfK führt diese Entwicklung auf spürbar verbesserte Tarifabschlüsse und einen nachlassenden Inflationsdruck zurück.

Auch die Anschaffungsneigung hat sich nochmals erhöht. Trotz der gestiegenen Ängste vor einer Abkühlung der Konjunktur scheinen die Verbraucher ihr Geld nicht beisammen halten zu wollen. Im Gegenteil ist der ohnehin schon hohe Teilindikator um 0,7 auf 32,7 Punkte gestiegen. Zum einen würde die zunehmende Beschäftigung für weniger Angst vor einem Jobverlust und somit für mehr Planungssicherheit sorgen. Das sei gerade für größere Anschaffungen von Bedeutung. Zum anderen würde sogar gerade die Finanzkrise für vermehrte Ausgaben sorgen. Denn durch das fehlende Vertrauen in die Finanzmärkte sei es für viele Konsumenten nicht attraktiv ihr Geld zu sparen oder in Finanzprodukte anzulegen. Man tendiere eher dazu werthaltige Anschaffungen zu tätigen.

Die GfK sieht durch die Umfrage ihre Prognose bestätigt, wonach der private Konsum in diesem Jahr real um etwa 1 Prozent steigen wird. Damit werde dieser angesichts rückläufiger Exporte zunehmend wichtig für Deutschland um eine Rezession zu vermeiden. Nicht unterschätzen solle man allerdings die Risiken, warnen die Meinungsforscher. Eine weitere Verschärfung der Eurokrise könne im weiteren Verlauf auch auf die Verbraucher übergreifen und die positive Entwicklung stoppen.

Das GfK-Konsumklima wird bereits seit 1980 erhoben, gilt als wichtiger Indikator für das Konsumverhalten und liefert somit verlässliche Hinweise auf die weitere konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Monatlich werden rund 2.000 Verbraucher nach deren Einkommens- und Konsumerwartungen für die kommenden 12 Monate befragt. Gleichzeitig wird die Anschaffungs- bzw. Sparneigung untersucht.

Senkt die EZB die Zinsen?

Am kommenden Donnerstag wird um 13:45 Uhr das Sitzungsergebnis der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlicht. Für Spannung ist dabei gesorgt, denn eine Senkung der Leitzinsen wird zunehmend wahrscheinlich. Schon vor einem Monat wurde über eine Zinssenkung im Rat diskutiert. Damals hatte man sich mehrheitlich noch dagegen entschieden. Diesmal könnte es anders ausgehen. Darauf deuten verschiedene Äußerungen von Verantwortlichen der Notenbank hin. Direktoriumsmitglied Benoit Coeure hatte vor kurzem in einem Interview betont, dass es zumindest aus Inflationssicht kein Hindernis dafür gebe. Eine Zinssenkung wäre zwar kein Allheilmittel. Es „würde sicher nicht die fundamentalen Probleme lösen“. Es könnte aber die schwache Wirtschaft unterstützen und das Vertrauen der Finanzmärkte stärken, welche sich derzeit „in Unordnung“ befinden würden.

Nun hat auch der EZB-Chefökonom Peter Praet in einem Interview mit der Financial Times Deutschland in der vergangenen Woche eine Senkung der Leitzinsen nicht ausgeschlossen. „Es gibt keine Doktrin, dass der Leitzins nicht unter einem Prozent liegen kann“, sagte er. Die Zinspolitik orientiere sich am Ziel der mittelfristigen Preisstabilität. Zinsänderungen hätten immer eine Wirkung, wenn natürlich auch begrenzt. Sie seien dann berechtigt, wenn sie dazu beitrügen, die Preisstabilität auf mittlere Frist zu gewährleisten. Allerdings warnte Praet auch vor „Risiken und

Nebenwirkungen“, wenn Zinssätze zu lange sehr niedrig seien. Dies würde den Anreiz für Banken und Unternehmen mindern, ihre Bilanzen zu sanieren und zu restrukturieren. Hinzu käme, dass die Profitabilität der Banken sehr niedrig sei, da sie ja auch ihren Sparern etwas bieten müssten. Daher würden sie dann in anderen Geschäftsfeldern eher größere Risiken eingehen, um ihre Profitabilität zu erhöhen.

Schon vor dem Interview gingen in einer Umfrage von Reuters 48 von 71 befragten Ökonomen von einer Senkung der Leitzinsen aus. Einige davon sogar von einem großen Schritt um 50 Basispunkte. Die Mehrheit erwartet aber eine Senkung um 0,25 Prozent auf dann 0,75 Prozent aus. Sollte es dazu kommen, wäre dies ein Rekord. Noch nie lag der Leitzins in der Eurozone unter dem jetzigen Satz von einem Prozent.

Inflation gibt Spielraum für geldpolitische Lockerung

Auch die Entwicklung der Inflation gibt der Notenbank mehr Möglichkeiten für eine geldpolitische Lockerung. Im Juni ist die Teuerung auf 1,7 Prozent und somit den tiefsten Stand seit Dezember 2010 gefallen. Damit liegt die Inflation bereits den zweiten Monat im Zielbereich von unter zwei Prozent, bei welcher die EZB Geldwertstabilität gewährleistet sieht.

Senkung des Einlagenzinses?

Ein weiteres Thema bei der Notenbank-Sitzung dürfte der Einlagenzins sein, zu welchem Banken Gelder bei der EZB parken können. Dieser liegt im Moment bei 0,25 Prozent und könnte auf null Prozent gesenkt oder gar negativ werden. Damit will man erreichen, dass die Banken wieder verstärkt untereinander Handel treiben bzw. ihre Gelder als Kredite vergeben. Kritiker bezweifeln allerdings, dass dieser Schritt Wirkung zeigen würde. Die Geldmarktkontaktgruppe der EZB hatte Verantwortlichen bei den Banken in einer kürzlich durchgeführten Umfrage folgende Frage gestellt: „Würden Sie Ihr Verhalten ändern und die Einlagen anbieten, wenn die Einlagenfazilität mit Null oder sogar negativ verzinst wäre?“ Das hatten nur 10 Prozent der Befragten bejaht. 15 Prozent würden dies immerhin „in einigen Fällen“ machen. Die Mehrheit von 75 Prozent antwortete jedoch mit einem klaren „Nein“. Eine Änderung des Verhaltens der Banken dürfte also nur erreicht werden, wenn auch die durch die Eurokrise bedingte Unsicherheit nachlässt.

Charttechnische Betrachtung von EUR/USD:

Kaum jemand rechnete in der vergangenen Woche mit überzeugenden Ergebnissen des EU-Gipfels. Das führte zunächst zu einem leicht abwertenden Euro, welcher gegenüber dem Dollar von rund 1,255 bis zu einem Tief bei 1,2405 am Donnerstag fiel. Insgesamt war der Handel über weite Strecken allerdings sehr ruhig und unentschlossen. Das änderte sich in der Nacht zu Freitag nach Bekanntgabe der ersten Gipfel-Ergebnisse. Die Erleichterung über den doch einigermaßen erfolgreichen Gipfel führte zu einer starken Euro-Aufwertung. EUR/USD stieg von rund 1,244 bis zu einem Hoch bei 1,2692. Auch zum Wochenschluss liegt das Paar mit rund 1,264 nicht viel tiefer.

Charttechnisch hat sich die Situation durch die Euro-Aufwertung allerdings noch nicht grundlegend geändert. Derzeit überwiegen weiterhin die Abwärtsrisiken für die Gemeinschaftswährung. Bereits bei einem Fall unter 1,255 würde sich das Bild auch kurzfristig wieder eintrüben. Und spätestens unter 1,2405 müsste von deutlich weiter sinkenden Kursen ausgegangen werden. Die nächsten Ziele liegen dann beim bisherigen Jahrestief bei 1,2286. Anschließend wäre sogar von weiter sinkenden Notierungen bis 1,215 und 1,1874 (2010-Tief) auszugehen. Allerdings ist die weitere Entwicklung im Moment nicht ganz eindeutig. Sollte das Paar über den nächsten wichtigen Widerstand bei 1,275 steigen können, würde dies für eine weitere Euro-Erholung sprechen. Die nächsten Ziele liegen dann bei 1,2824 und 1,30. Erst darüber würde sich das Chartbild auch langfristig wieder aufhellen und für einen bis zunächst 1,3486 weiter steigenden Euro sprechen.

Tageschart EUR/USD:



GBP/USD

Notenbank-Sitzung in der kommenden Woche

Am kommenden Donnerstag wird das Sitzungsergebnis der Bank of England bekannt gegeben. Einige Experten hatten zuletzt darauf spekuliert, dass die Notenbank die Leitzinsen unter das bereits seit über drei Jahren gültige Rekord-Tief von 0,5 Prozent senken könnte. Dies ist allerdings sehr unwahrscheinlich. Dagegen sprechen mehrere Äußerungen von Mitgliedern des geldpolitischen Rats (MPC). Sowohl der Notenbank-Vorsitzende Mervyn King, als auch MPC-Mitglied David Miles, vertreten die Ansicht, dass weitere Käufe von Vermögenswerten sinnvoller sein, als eine Senkung des Leitzinses. David Miles sagte, dass es fraglich sei, ob sich eine Zinssenkung überhaupt positiv auswirken würde. Es könne nämlich sogar das Gegenteil der Fall sein, da sich dadurch die

Gewinnmargen der Banken reduzieren würden und diese dann die Kreditvergabe noch weiter verringern könnten.

Obwohl die Notenbank-Mitglieder gleichzeitig betonten, dass eine Zinssenkung deswegen freilich nicht ausgeschlossen sei, dürfte eine weitere geldpolitische Lockerung eher die Ausweitung der Anleihen-Käufe bedeuten. Dafür hatten vor einem Monat bereits vier der neun stimmberechtigten Mitglieder votiert. Darunter auch der Notenbank-Vorsitzende King. Möglich (allerdings keineswegs sicher) ist dieser Schritt nun am kommenden Donnerstag. Mit Spannung wird daher das Ergebnis erwartet.

Charttechnische Betrachtung:

Bereits seit Juli 2010 bewegt sich GBP/USD seitwärts in einer breiten Spanne zwischen 1,6746 und einem Tief bei 1,5234, welches Mitte Januar dieses Jahres erreicht wurde. Von dort konnte der Pfund Anfang des Jahres zunächst deutlich steigen. Nach einem Hoch bei 1,63, ging es ab Mai aber wieder steil nach unten. Am 1. Juni lag das Paar bei 1,5264 und somit nicht mehr weit vom Januar-Tief entfernt. Danach konnte sich der Kurs erneut erholen. In der vergangenen Woche wertete der Pfund zunächst langsam um rund 100 Pips bis 1,5482 ab. Von den positiv aufgenommenen Entscheidungen des EU-Gipfels konnte dann am Freitag aber auch die britische Währung profitieren. GBP/USD stieg bis über 1,57 und schließt zum Wochenende nur knapp darunter. Wichtig ist nun die 200-Tageslinie, welche aktuell bei ungefähr 1,5747 verläuft. Sollte ein Anstieg auf Tagesschluss-Basis darüber gelingen, würde dies für einen Verbleib in der seit Juli 2010 gültigen breiten Seitwärts-Range sprechen. Die nächsten Ziele liegen dann bei 1,5842; 1,60 und 1,64. Wichtig für diese Prognose ist, dass das Paar nicht mehr unter 1,547 fällt. Andernfalls würden weitere Abgaben bis zunächst zum Januar-Tief bei 1,5234 drohen. Anschließend müsste sogar von einer weiteren Abwertung bis 1,48 und 1,423 ausgegangen werden.



USD/JPY

Japan verdoppelt die Mehrwertsteuer

Japans Ministerpräsident Yoshihiko Noda ist etwas gelungen, woran alle seine Vorgänger gescheitert waren. Die Mehrwertsteuer wird in zwei Schritten von jetzt fünf Prozent auf zehn Prozent in 2015 erhöht. Für den Vorschlag der Regierung stimmten im Unterhaus 363 Abgeordnete. 19 Parlamentarier enthielten sich, während 96 dagegen stimmten. Noda riskiert damit allerdings eine Regierungskrise. Denn die Mehrheit der Gegenstimmen kam mit 57 Abweichlern aus seiner eigenen

Partei. Der Beschluss muss nun noch vom Oberhaus bestätigt werden. Da dort aber die Opposition die Mehrheit stellt, dürfte dies eine Formsache sein.

Zuletzt war die Mehrwertsteuer 1997 von zwei auf fünf Prozent erhöht worden. Seitdem wurde immer wieder eine weitere Erhöhung gefordert. Doch kein Regierungschef traute sich bisher die unpopuläre Maßnahme umzusetzen. Durch die jetzt beschlossene Erhöhung rechnet man mit ungefähr 140 Milliarden Euro zusätzlichen Einnahmen pro Jahr. Diese werden dringend benötigt, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis zum Anfang der kommenden Dekade zu erreichen. Die Sanierung der Staatsfinanzen ist eines der dringendsten Probleme des asiatischen Landes. Bis auf den gigantischen Wert von 236 Prozent des BIP ist die Verschuldung inzwischen angestiegen. Das ist der mit Abstand höchste Wert aller Industrie-Staaten. Zum Vergleich: Griechenland hat „nur“ 189 Prozent. Italien liegt bei 121 Prozent, während Spanien sogar nur 70 Prozent hat.

Charttechnik: kurzfristige Situation unklar

Insgesamt befindet sich USD/JPY bereits seit Juni 2007 in einer langsamen, aber kontinuierlichen, Abwärts-Bewegung, welche den Kurs von über 124 bis zu einem Rekord-Tief bei 75,54 im Oktober letzten Jahres geführt hat. Einen weiteren Kursrutsch hatte Japan dann durch mehrere Interventionen verhindert. Im Februar und März gelang überraschend ein steiler Anstieg von 76 bis 84,17. Seitdem ging es aber wieder nach unten und das Paar fiel am 1. Juni bis 77,62. Anfang Juni korrigierte der Kurs erneut nach oben, wobei der Dollar in der Vorwoche bis 80,57 steigen konnte. In der vergangenen Woche verlor der Dollar zunächst deutlich bis 79,11. Anschließend war nur noch sehr wenig Bewegung zu sehen. Der Schlusskurs liegt etwas höher bei rund 79,80. USD/JPY befindet sich damit zwischen zwei wichtigen Kurs-Bereichen, welche die weitere Entwicklung bestimmen könnten. Sollte ein Anstieg über 80,61 gelingen, würde sich das Chartbild aufhellen und für weiter bis zunächst 81,86 und 84,17 steigende Kurse sprechen. Sollte es dagegen wieder nach unten gehen, rückt die Unterstützung bei 78,57 in den Fokus. Denn darunter müsste von einer deutlichen weiteren Abwertung bis 77,62 und dann zum Rekordtief-Tief bei 75,54 ausgegangen werden.



EUR/JPY

Vor der Finanzkrise 2008 notierte EUR/JPY noch bei fast 170. Seitdem geht es kontinuierlich nach unten. Am 16. Januar diesen Jahres lag der Kurs mit 97,0 bereits einmal auf einem 11-Jahrestief. Anschließend gab es aber eine deutliche Gegenbewegung, welche im März bei 110 endete. Von dort drehte der Euro erneut nach unten und fiel am 1. Juni mit 95,96 auf den tiefsten Stand seit November 2000. Auf diesem Niveau deutlich überverkauft, korrigierte das Paar wieder nach oben. In der vergangenen Woche war eine regelrechte Achterbahnfahrt zu sehen. Zunächst ging es aufgrund der Sorgen vor einem Scheitern des EU-Gipfels bis 98,27 nach unten. Am Freitag konnte der Euro dann sämtliche Verluste zurück gewinnen. Auf Wochensicht ist dabei nicht viel passiert. Der

Eröffnungskurs lag bei 100,98 und der Schlusskurs liegt auf fast dem gleichen Niveau. Auch charttechnisch hat sich somit nichts geändert. Die weitere Entwicklung ist kurzfristig nicht eindeutig. Wichtig sind zwei Chartbereiche. Sollte der Kurs unter 98 fallen, müsste von einer deutlichen weiteren Euro-Abwertung bis 95 und dann 88,94 (2010-Tief) ausgegangen werden. Ein Anstieg über den Bereich bei 102,12 und der 200-Tageslinie bei ungefähr 103,69 würde die Situation dagegen aufhellen und für einen weiteren Anstieg bis 108 und vielleicht 112 sprechen. Von einem langfristigen Trendwechsel zu dauerhaft steigenden Kursen könnte allerdings sogar erst über 112 ausgegangen werden.

Tageschart EUR/JPY:



USD/CHF

USD/CHF konnte in der vergangenen Woche zunächst in kleinen Schritten zulegen. Allerdings war der Handel dabei insgesamt sehr ruhig. Vom Eröffnungskurs bei 0,9566 gelang bis Donnerstag, also innerhalb von vier Tagen, lediglich ein Anstieg von etwas mehr als 100 Pips bis zu einem Hoch bei 0,9678. Erst nach dem EU-Gipfel wurde es lebhafter und der Dollar wertete deutlich bis 0,946 ab. Auch der Schlusskurs liegt nur wenig darüber. Trotz dieser Abwertung spricht das Chartbild insgesamt weiter für den Dollar. Allerdings kommt schon bei 0,9364 eine wichtige Unterstützung, welche beachtet werden sollte. Falls das Paar nämlich unter diesen Wert fällt, würden weitere Abgaben bis zur 200-Tageslinie (derzeit ungefähr ein 0,9229) und dann 0,89 drohen. Aber selbst in diesem Fall wäre langfristig betrachtet eher von einer Seitwärtsbewegung, als von einem neuen Abwärtstrend auszugehen.

Tageschart

USD/CHF:



Wichtige Termine in der kommenden Woche

In der kommenden Woche stehen mehrere Notenbank-Sitzungen im Fokus. Den Anfang macht die Reserve Bank of Australia (RBA), deren Ergebnis am **Dienstagmorgen um 6:30 Uhr** veröffentlicht wird. Bereits im Mai senkte die Zentralbank die Leitzinsen um 0,5 Prozent. Im Juni erfolgte ein weiterer Zinsschritt um 0,25 Prozent auf jetzt 3,5 Prozent. Die konjunkturelle Situation wird zwar robust eingeschätzt, dennoch sieht man hohe Risiken durch die Eurokrise und eine weltweite Konjunkturabkühlung. Da sich gleichzeitig die Inflationsraten in Australien verringert haben, hatte man Spielraum für die Zinssenkung und möchte auf diesem Weg die heimische Wirtschaft angesichts der Risiken vorbeugend stützen. Ökonomen erwarten, dass die Leitzinsen im Laufe des Jahres weiter gesenkt werden. Möglicherweise bis auf 2,5 Prozent. Für die jetzige Sitzung geht man allerdings mehrheitlich davon aus, dass die Notenbank erst einmal eine Pause einlegen wird.

Am **Donnerstag wird um 13:00 Uhr** das Sitzungsergebnis der englischen Notenbank bekannt gegeben. Vor einem Monat hatte der geldpolitische Rat (MPC) die Leitzinsen bei 0,5 Prozent belassen und auch das Anleihenkaufprogramm nicht erweitert. Die Entscheidung fiel allerdings äußerst knapp aus. Nur fünf der neun MPC-Mitglieder stimmten für den abwartenden Kurs. Die anderen vier, darunter auch der BoE-Vorsitzende Mervyn King, befürworteten eine Aufstockung der

Anleihenkäufe um 25 oder 50 Milliarden Pfund. Da die britische Wirtschaft schwächelt und sich gleichzeitig die Inflation abschwächt (zuletzt lag der Anstieg der Verbraucherpreise beispielsweise auf einem 2,5-Jahrestief) hätte man durchaus Spielraum für eine weitere geldpolitische Lockerung. Angesichts dessen und angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse ist daher in der Frage der Anleihenkäufe für Spannung gesorgt. Eine neue geldpolitische Lockerung könnte sich, zumindest kurzfristig, abschwächend auf den britischen Pfund auswirken.

Ebenfalls am **Donnerstag wird um 13:45 Uhr** das Sitzungsergebnis der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlicht. **Um 14:30 Uhr** folgt eine diesbezügliche Pressekonferenz. Für Spannung ist dabei gesorgt. Schon vor einem Monat wurde über eine Zinssenkung im Rat diskutiert und das wird auch diesmal der Fall sein. Damals hatte man sich mehrheitlich noch dagegen entschieden, was diesmal aber anders ausgehen könnte. **Hintergrundinformationen zur EZB-Sitzung finden Sie weiter vorne.**

Sehr stark beachtet werden die amerikanischen Arbeitsmarktdaten **am Freitag um 14:30 Uhr**. Im September letzten Jahres lag die Arbeitslosenquote noch bei 9,1 Prozent. Danach gab es eine überraschend gute Entwicklung und die Quote sank bis 8,1 Prozent im April. Seitdem trübte sich die Situation aber wieder etwas ein, was sich insbesondere in enttäuschend wenigen neu geschaffenen Arbeitsplätzen zeigte. Und auch die Quote stieg im Mai leicht auf 8,2 Prozent. Die amerikanische Notenbank erwartet weiterhin eine nur sehr schleppende Erholung des Arbeitsmarktes. Sollte sich die Situation nicht weiter verbessern oder gar verschlechtern, würde dies andererseits aber auch für eine weitere geldpolitische Lockerung durch die Notenbank sprechen. Diese ist nämlich in den USA, anders als zum Beispiel die EZB, auch dem Abbau der Arbeitslosigkeit verpflichtet. Erste Hinweise auf das Ergebnis des offiziellen Berichts erhält man schon einen Tag früher am Donnerstag durch den Arbeitsmarktbericht des privaten Dienstleisters ADP **um 14:15 Uhr** und die Anträge auf Arbeitslosenhilfe aus der Vorwoche **um 14:30 Uhr**. Sollte es hier zu größeren Abweichungen von den Erwartungen kommen, könnte dies ein Indiz dafür sein, dass die Märkte auch am Freitag eine Überraschung erwartet.

Doch auch abgesehen von den genannten Höhepunkten, wird die kommende Woche sehr interessant. Es stehen eine ganze Reihe weiterer wichtiger Termine an. Für Großbritannien geben beispielsweise mehrere Einkaufsmanagerindexe Aufschluss über die konjunkturellen Perspektiven. Am Montag ist dies der Einkaufsmanagerindex für die Industrie, am Dienstag der für das Baugewerbe und am Mittwoch der für den Dienstleistungs-Bereich. Die Veröffentlichung erfolgt **jeweils um 10:30 Uhr**.

Am Mittwoch wird die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Rom mit Italiens Ministerpräsident Mario Monti zusammentreffen. Dabei sollen die Ergebnisse des EU-Gipfels „nachbereitet“ werden. Merkel wird dabei unter anderem von Finanzminister Wolfgang Schäuble, Wirtschaftsminister Philipp Rösler und Außenminister Guido Westerwelle begleitet.

Am Donnerstagvormittag findet eine italienische Anleihenauktion statt. Da die Renditen im Vorfeld des EU-Gipfels deutlich gestiegen waren und das Land immer mehr in den Fokus der Euro-Krise gezogen wird, hat das Ergebnis eine hohe Bedeutung. Wichtig ist zum einen natürlich der Zinssatz, welchen Italien akzeptieren muss. Zum anderen wird aber auch auf die Nachfrage geachtet. Solange diese (wie bisher) hoch bleibt, signalisiert dies zumindest noch vorhandenes Vertrauen. Durch die Beschlüsse des EU-Gipfels zeichnet sich derzeit eine gewisse Entspannung an den Anleihen-Märkten ab. Die Auktion wird zeigen, ob diese Entwicklung anhält.

Am **Freitag um 9:00 Uhr** wird die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Entwicklung Ihrer Fremdwährungsreserven im Juni bekannt geben. Im Mai waren diese sehr stark angestiegen, da erhebliche Mittel zur Verteidigung des Mindestkurses von EUR/CHF verwendet werden mussten.

Es ist zu befürchten, dass sich dies auch im Juni nicht anders verhalten hat. Sollte dies so sein, würde dies Skeptiker bestärken, welche nicht glauben, dass die SNB ihre Mindestkurs-Politik noch lange wird durchhalten können.

Ihr MAVEST TEAM

KONTAKT

MAVEST GmbH
Churerstrasse 35
CH-9470 Buchs SG
FON: ++41 81 511 01 81
FAX: ++41 81 750 50 31
Handelsregister: CH-320.4.068.620-6
www.mavest.ch

DISCLAIMER

Wichtig ist uns: Auf keinen Fall sollten Leser aus unseren Bemerkungen und aus den manchmal etwas launigen Kommentierungen Rückschlüsse auf unsere gemachten und schon gar nicht auf künftige Handelsentscheidungen von MAVEST ableiten. Für uns gilt: Der Markt zeigt uns die Richtung. Bis dahin sind wir schwebend unentschieden. Selbstverständlich sollte niemand sich durch diesen Kommentar oder andere Hinweise auf unserer Homepage aufgefordert fühlen, auf den Kapitalmärkten aktiv zu werden. MAVEST lehnt jegliche Verantwortung für etwaige Kapitalverluste von Lesern dieser Kommentare ausdrücklich ab. Zu unserem Grundverständnis gehört es, dass Engagements an den Kapitalmärkten immer durch freie Investoren auf eigenes Risiko erfolgen sollten.